



**Klima  
Allianz**  
Deutschland

**VENRO**  
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK  
UND HUMANITÄRE HILFE

---

## **ZEITENWENDE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT**

Forderungen zur 27. Weltklimakonferenz in Ägypten

---



# INHALT

<b>Kernforderungen</b> .....	<b>3</b>
<b>Zeitenwende für Klimagerechtigkeit</b> .....	<b>4</b>
<b>Forderungen</b>	
1   Klimagerechte Partizipation am UNFCCC-Prozess.....	5
2   Ambitionssteigerung aller Länder .....	6
3   Klimafinanzierung.....	8
4   Globales Anpassungsziel und höhere Finanzierung .....	9
5   Umgang mit Schäden und Verlusten.....	10
6   Action for Climate Empowerment .....	11
7   Geschlechtergerechtigkeit .....	12
<b>Impressum</b> .....	<b>13</b>

## KERNFORDERUNGEN

- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, sich anlässlich der COP27 für die **uneingeschränkte Beteiligung und freie Meinungsäußerung der ägyptischen und internationalen Zivilgesellschaft** einzusetzen. Zudem müssen besonders benachteiligte und bisher unterrepräsentierte Akteure aktiv an der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen beteiligt werden.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, darauf hinzuwirken, dass **die EU einen aktualisierten 1,5-Grad-kompatiblen nationalen Klimabeitrag (NDC) mit deutlich erhöhten Klimaschutzziele** einreicht. Zudem sollte sie auf die Fortführung **des Klimaschutz-Arbeitsprogramms (Mitigation Work Programme) bis 2030** und die beschleunigte **Umsetzung der 2030-Klimaschutzziele** hinwirken.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, die deutschen Haushaltsmittel für die **internationale Klimafinanzierung auf mindestens acht Milliarden Euro pro Jahr bis 2025 zu steigern** und sich für die schnelle Erreichung des 100-Milliarden-Ziels einzusetzen.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, den **Anteil der öffentlichen deutschen Klimafinanzierung für internationale Anpassungsmaßnahmen bis 2025 mit zusätzlichen Mitteln auf 50 Prozent zu erhöhen** und sich im UNFCCC-Prozess (UN-Klimarahmenkonvention) für Fortschritte bei der Umsetzung des globalen Anpassungsziels einzusetzen.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, neue und zusätzliche **Finanzierungszusagen für den Umgang mit Schäden und Verlusten** zu machen und sich für die **Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus** im Rahmen der UNFCCC einzusetzen.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, sich für einen **menschenrechtsbasierten Aktionsplan für Action for Climate Empowerment (ACE)** einzusetzen, um den weltweiten Zugang zu Informationen zum Klimawandel und zu Klimaschutzmaßnahmen zu garantieren sowie öffentliche Beteiligungsprozesse zu stärken. Mit dem Aktionsplan sollte zudem eine **ACE-Jugendkontaktstelle** institutionalisiert werden.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, zu einer ausreichenden **Finanzierung für die Umsetzung des Gender Action Plans** beizutragen. Zudem sollte die Bundesregierung sicherstellen, dass **Gender-Mainstreaming** ein zentraler Bestandteil sowohl in der deutschen und europäischen Klimapolitik als auch in allen geförderten internationalen Klimafinanzierungsinstrumenten ist.

2022

# ZEITENWENDE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

## Forderungen zur 27. Weltklimakonferenz in Ägypten

Die diesjährige 27. UN-Klimakonferenz (Conference of the Parties of the UNFCCC, COP27) in Ägypten findet vom 6. bis 18. November 2022 in einer schwierigen geopolitischen Situation statt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur das Land in großes Leid gestürzt, sondern auch die globale Ernährungssituation dramatisch verschärft. Die große Abhängigkeit von russischen Energieträgern, insbesondere Gas, hat Europa in eine Energiekrise gestürzt. Beim Streben nach Energiesicherheit begeben sich die Europäische Union (EU) und Deutschland derzeit auf die Suche nach neuen Gas-, Öl- und Kohlequellen und gefährden die nationale und die globale Energiewende. Die Spannungen zwischen den USA und China nehmen zu. Und auch die COVID-19-Pandemie stellt die Weltgemeinschaft weiterhin vor große Herausforderungen. Dabei darf die Bewältigung der Klimakrise nicht aus dem Blick geraten, denn sie verschärft die bestehenden Krisen. Eine konsequente und gerechte Klimapolitik muss daher zentraler Bestandteil der internationalen Beziehungen sein.

Die Auswirkungen der Klimakrise sind überall auf der Welt spürbar. Für alle Menschen weltweit sind die Lebensgrundlagen und die Gesundheit bedroht. Extremwetterereignisse werden heftiger und treten häufiger auf und auch langsam fortschreitende Klimaveränderungen nehmen zu. Die globalen Treibhausgasemissionen sind laut dem jüngsten Bericht des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) seit 2010 in allen wichtigen Sektoren weltweit gestiegen. Dabei hat sich die Staatengemeinschaft 2015 in Paris völkerrechtlich dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf möglichst 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Der Emissions Gap Report 2021

des UN-Umweltprogramms (United Nations Environment Programme, UNEP) zeigt jedoch in eine andere Richtung: Die bisherigen 2030-Klimaschutzbeiträge der Länder reichen nicht aus, um die Welt auf einen 1,5-Grad-kompatiblen Pfad zu bringen. Auch bei vollständiger Umsetzung der aktuellen Zusagen würde die globale Mitteltemperatur um etwa 2,7 Grad steigen.

Die COP26 hat einige Weichen gestellt und die noch fehlenden Umsetzungsregeln für das Pariser Klimaabkommen beschlossen. Jetzt muss dem Glasgower Klimapakt eine konsequente und schnelle Umsetzung folgen. Hierfür zentral sind zum einen die zügige Umsetzung und Verschärfung der nationalen Klimaschutzbeiträge, die Abkehr von fossilen Energieträgern hin zu einer globalen und sozial gerechten Energiewende und der umfangreiche Schutz von Wäldern und Ozeanen. Und zum anderen die, vor allem finanzielle, Unterstützung ärmerer Länder bei der Anpassung an die Klimakrise und bei der Bewältigung von klimawandelbedingten Schäden und Verlusten.

Die Industriestaaten als historische Verursacher der Klimakrise, aber auch Schwellenländer, müssen dabei vorangehen und ihren fairen Beitrag leisten. Denn schon heute leiden insbesondere vulnerable Gruppen in Ländern des globalen Südens, die selbst wenig zur Klimakrise beigetragen haben, überproportional unter den Auswirkungen der Erderhitzung.

Deutschland und die EU müssen sich dafür einsetzen, glaubhafte Fortschritte in Ägypten zu erzielen. Mit diesem Positionspapier legen die Klima-Allianz Deutschland und VENRO ihre Forderungen zur 27. Weltklimakonferenz an die Bundesregierung vor.

# 1 | KLIMAGERECHTE PARTIZIPATION AM UNFCCC-PROZESS

In der Präambel des Pariser Klimaabkommens von 2015 fanden die Staaten klare Worte: Der Klimawandel ist eine Herausforderung für die gesamte Menschheit. Alle Vertragsparteien sollten bei der Bewältigung des Klimawandels die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, die Rechte von Migrant\*innen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und Menschen in prekären Situationen sowie das Recht auf Entwicklung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen achten und fördern. Weiter heißt es: Die Vertragsparteien bekräftigen die Bedeutung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen des Pariser Abkommens.

Die internationale Klimadiplomatie kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie alle gesellschaftlichen Gruppen und ihre Perspektiven in die Verhandlungen einbezieht. Dafür ist es unabdingbar, inklusive und transparente Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Doch nicht alle ha-

ben dieselben Voraussetzungen mit Blick auf finanzielle Ressourcen, Visabestimmungen, gesundheitliche Versorgung oder demokratische Strukturen. Das haben die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die COP26 in Glasgow gezeigt – insbesondere für Länder des globalen Südens war die Teilnahme erschwert oder sogar unmöglich.

Die COP27 findet zudem in einem Land mit einer schwierigen Menschenrechtslage statt. In Ägypten gibt es willkürliche Verhaftungen politischer Aktivist\*innen, Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit und des Rechtes auf friedliche Versammlung. Auch die hohen Unterbringungskosten erschweren der internationalen Zivilgesellschaft die Teilnahme in Sharm El-Sheikh deutlich.

Die Staatengemeinschaft sollte die Aufmerksamkeit, die das weltweit größte diplomatische Treffen mit sich bringt, dafür nutzen, die Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen zu stärken.

## WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ dafür einzutreten, dass besonders **benachteiligte und bisher unterrepräsentierte Akteure aktiv an der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen beteiligt werden**, insbesondere wenn sie von den Maßnahmen direkt betroffen sind. Dazu gehören BIPOC (Black, Indigenous, People of Color), lokale Bevölkerungsgruppen, Frauen und LSBTIQ (Menschen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell/transgender, intergeschlechtlich und/oder queer identifizieren), Menschen mit Behinderungen, ältere sowie junge Menschen.
- ▶ sich dafür einzusetzen, dass die Ergebnisse der **Plattform für lokale Gemeinschaften und indigene Bevölkerungsgruppen** (Local Communities and Indigenous Peoples Platform, LCIPP) bei den Verhandlungen und der Umsetzung berücksichtigt werden.
- ▶ darauf zu drängen, dass die ägyptische Regierung eine **uneingeschränkte Beteiligung der ägyptischen und internationalen Zivilgesellschaft** durch angemessene Unterbringungs- und Transportkosten gewährleistet, friedliche Proteste zulässt und willkürliche Verhaftungen oder andere Repressalien gegen Menschen unterlässt, die ihre Menschenrechte ausüben – auch über das Ende der Verhandlungen hinaus.

## 2 | AMBITIONSSTEIGERUNG ALLER LÄNDER

Nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) kann die Erderhitzung auf 1,8 Grad begrenzt werden, sofern die Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens ihre nationalen Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs), die Langfriststrategien sowie die Vielzahl freiwilliger Initiativen vollständig umsetzen. Hierfür ist allerdings eine erhebliche Beschleunigung in der Umsetzung nötig. Um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen die Staaten ihre Anstrengungen deutlich steigern. Die zahlreichen u. a. bei der COP26 initiierten freiwilligen Initiativen der Staaten müssen zudem einem regelmäßigen und verbindlichen Monitoring unterliegen.

Aus der COP27 muss ein umsetzungsorientierter Weltklimagipfel werden. Der „Glasgow Climate Pact“ hat dafür die Grundlage geschaffen: Im Abschlussdokument der COP26 verpflichteten sich die Vertragsstaaten, neue 1,5-Grad-kompatible NDCs einzureichen und ein neues Klimaschutz-Arbeitsprogramm (Mitigation Work Programme, MWP) auf den Weg zu bringen. Zum ersten Mal ist auch der Aufruf zum Ausstieg aus Kohle und fossilen Subventionen enthalten. Diese Verpflichtungen müssen eingehalten werden. Es ist bereits absehbar, dass die meisten Länder dieses Jahr keine ehrgeizigeren Klimaschutzziele vorlegen werden. Die Vertragsstaaten müssen daher mindestens neue sektorale Ziele verabschieden oder alternativ aufzeigen, wie die 2030-Klimaziele sicher umgesetzt werden können. Dem in Ägypten zu beschließenden Mitigation Work Programme kommt hier eine besondere Bedeutung zu, um die Lücke zum Erreichen der 2030-Klimaziele schnellstmöglich zu schließen. Die COP27 muss sicherstellen, dass das MWP komplementär zur globalen Bestandsaufnahme (Global Stocktake, GST) zum Umsetzungsstand des Pariser Klimaabkommens bis

zum Weltklimagipfel im kommenden Jahr wirkt. Für einen glaubwürdigen GST müssen die Vertragsstaaten eine breite und transparente Beteiligung ermöglichen und die Ergebnisse des aktuellen IPCC-Berichts berücksichtigen.

Fragen der Energiesicherheit werden beim diesjährigen Weltklimagipfel in Afrika eine zentrale Rolle spielen. Eine Vielzahl afrikanischer Regierungen sieht in der Nutzung eigener Vorkommen fossiler Energieträger eine Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des Energiezugangs. Die EU trägt durch ihr Bestreben, sich von russischem Gas unabhängig zu machen, eine besondere Verantwortung: Deutschland und die EU dürfen die Länder Afrikas nicht aus Eigeninteresse in eine fossile Abhängigkeit treiben. Stattdessen müssen sie durch faire Klima- und Energiepartnerschaften eine ernsthafte Alternative mit erneuerbaren Energien anbieten, wie es auch vielfach aus der afrikanischen Zivilgesellschaft gefordert wird. Sie sollten sich ebenfalls dafür einsetzen, dass der angekündigte Abbau der Kohlenutzung und fossiler Subventionen endlich umgesetzt und auf alle fossilen Energieträger ausgeweitet wird. Dies wäre in diesen Zeiten ein bedeutendes Signal.

Grundsätzlich muss bei allen Klimaschutzmaßnahmen gelten: Jede Tonne Treibhausgase, die vermieden wird, ist der beste Klimaschutz. Negative Emissionstechnologien können kein Ersatz für umfassende und schnelle Emissionsminderungen sein. Diese Technologien sind kostenintensiv, teils mit erheblichen Risiken für die Ernährungssicherheit, Biodiversität und lokale Bevölkerungen verbunden und nicht ausreichend praxistauglich.

## WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ sich dafür einzusetzen, dass die **EU einen aktualisierten und 1,5-Grad-kompatiblen nationalen Klimabeitrag (NDC) einreicht, der zu deutlich mehr Emissionsreduktionen führt als bisher bis 2030 vorgesehen.**
- ▶ auf der COP27 darauf hinzuwirken, **dass das Mitigation Work Programme bis 2030 fortgeführt wird.** Dieses MWP sollte sich dabei auf die beschleunigte **Umsetzung der 2030-Klimaschutzziele** konzentrieren, insbesondere durch einen ergänzenden sektoralen Fokus und unter Einbezug der zahlreichen freiwilligen Initiativen.
- ▶ sich dafür einzusetzen, dass die Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens künftig **jährlich über ihren Fortschritt beim Abbau fossiler Subventionen berichten.** Zudem sollte die laufende deutsche G7-Präsidentschaft genutzt werden, um ein gemeinsames, öffentliches Inventar fossiler Subventionen der G7 zu etablieren.
- ▶ bis zur COP27 **Kriterien** für bereits beschlossene Abkommen und Verträge **zur internationalen Finanzierung fossiler Energieträger vorzulegen**, die festlegen, unter welchen Bedingungen diese Investitionen **1,5-Grad-kompatibel** sind und ein fossiler Lock-in ausgeschlossen werden kann. Die Bundesregierung sollte sich weiter dafür einsetzen, dass diese Kriterien auch von anderen Staaten übernommen werden. Zukünftig darf es **keine weitere internationale Finanzierung fossiler Energieträger** geben.
- ▶ **die Anzahl der Klima- und Energiepartnerschaften**, darunter Just Energy Transition Partnerships (JETPs), **auszuweiten und mit zusätzlicher Finanzierung zu untermauern**, um insbesondere Ländern in Afrika ein attraktives Angebot für die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien zu machen. Klima- und Energiepartnerschaften müssen sich dabei an verbindlichen ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und eine frühzeitige und umfangreiche Einbeziehung der nationalen Zivilgesellschaft gewährleisten.

## 3 | KLIMAFINANZIERUNG

Die Industrieländer haben sich 2009 dazu verpflichtet, die finanzielle Unterstützung für ärmere Länder bis 2020 auf jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar zu steigern. Die Bestätigung dieser Summe war ein fundamentaler Bestandteil des Pariser Klimaabkommens. 2015 wurde zudem festgelegt, diesen Mindestbetrag bis 2025 zu halten. Für die Zeit danach soll es ein neues Ziel zur Unterstützung ärmerer Länder geben. Die weltweite jährliche Klimafinanzierung lag nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 2020 bei nur rund 83 Milliarden US-Dollar. Das Ziel wurde damit deutlich verfehlt. Dies ist ein massiver Rückschlag für die Glaubwürdigkeit der Industrieländer.

Bundeskanzler Scholz hat beim Petersberger Klimadialog das Versprechen wiederholt, den deutschen Anteil der internationalen Klimafinanzierung bis spätestens 2025 von derzeit vier Milliarden Euro (an Haushaltsmitteln und Zuschussäquivalenten) auf dann mindestens

sechs Milliarden Euro jährlich zu erhöhen. Dies ist ein wichtiger Schritt, aber angesichts der Wirtschaftskraft und der Mitverantwortung Deutschlands für die Klimakrise eine unzureichende Erhöhung. Bedenklich ist, dass bisher weder für das Jahr 2022 noch für 2023 Steigerungen im deutschen Haushalt vorgesehen sind, um sich mindestens dem 6-Milliarden-Ziel anzunähern.

Die Verhandlungen über das neue Klimafinanzierungsziel (New Collective Quantified Goal on Climate Finance, NCQG) nach 2025 sind auf der COP26 offiziell gestartet. Das neue Ziel muss weit über die bisherigen Zusagen hinausgehen und den Bedürfnissen der Länder gerecht werden, die von der Klimakrise am meisten betroffen sind und über geringe finanzielle Ressourcen verfügen. Dabei sollten sowohl Anpassung und Minderung als auch Schäden und Verluste berücksichtigt und Ziele differenziert nach öffentlicher Zuschussfinanzierung und anderen Instrumenten wie Krediten einbezogen werden.

### WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ alles zu unternehmen, um das **100-Milliarden-Ziel** zu erreichen – und zwar im Durchschnitt der Jahre 2020–2025, insgesamt 600 Milliarden US-Dollar. Dazu braucht es neue Zusagen zusätzlich zu den Mitteln zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA).
- ▶ einen **Anstieg der deutschen Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro pro Jahr bis 2025** durch neue und zusätzliche Mittel und über einen verbindlichen Aufwuchsplan glaubwürdig abzusichern. Dafür ist bereits ein deutlicher Zuwachs im Haushalt 2023 notwendig.
- ▶ sich dafür einzusetzen, dass das **neue Klimafinanzierungsziel** (NCQG) für die Zeit ab 2025 **sowohl Anpassung und Minderung als auch** die finanziellen Bedarfe der verwundbaren Länder bei der Bewältigung von **Schäden und Verlusten** berücksichtigt.
- ▶ sich für ein **Ende der bi- und multilateralen Investitionen in fossile Brennstoffe** einzusetzen und eine **Umverteilung der Mittel zugunsten klimafreundlicher Investitionen** in die Wege zu leiten. Auch vor dem Hintergrund der Abkehr von fossilen Energien aus Russland darf es **keinen Neueinstieg in die Förderung fossiler Energien in Entwicklungsländern** geben.



## 4 | GLOBALES ANPASSUNGSZIEL UND HÖHERE FINANZIERUNG

Mit dem bei der COP26 beschlossenen Glasgow-Sharm-El-Sheikh-Arbeitsprogramm (GlaSS) zum globalen Anpassungsziel (Global Goal on Adaptation, GGA) ist ein wichtiger, zweijähriger Prozess in Gang gesetzt worden. Das globale Anpassungsziel soll die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit aller Länder im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verbessern und Verwundbarkeiten verringern. Um dieses Ziel aus dem Pariser Klimaabkommen zu erreichen, müssen die

Länder ambitionierte Klimaanpassungspläne (National Adaptation Plans, NAPs) und Langfriststrategien ausarbeiten. Die Länder des Globalen Südens sollten bei der Erarbeitung und der Umsetzung ihrer Anpassungspläne unterstützt werden, insbesondere indem mehr Mittel für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Dies umfasst finanzielle Mittel, Technologien und den Aufbau von Kapazitäten.

### WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ den Anteil der **öffentlichen deutschen Klimafinanzierung für internationale Anpassungsmaßnahmen bis 2025 mit zusätzlichen Mitteln auf 50 Prozent zu erhöhen**. Dies würde auch zum Versprechen der Industriestaaten bei der COP26 beitragen, die Anpassungsfinanzierung bis 2025 zu verdoppeln (gegenüber 2019). Zudem sollte die Bundesregierung transparent und bis zur COP27 darlegen, in welchen Schritten dieses Ziel erreicht werden soll.
- ▶ bei der COP27 darauf hinzuwirken, dass das **Global Goal on Adaptation (GGA) ein dauerhafter und übergreifender Tagesordnungspunkt** bei den Klimaverhandlungen wird, um weitere Fortschritte zu gewährleisten.
- ▶ sich dafür einzusetzen, dass die COP27 die **Ausarbeitung eines Syntheseberichts über den Fortschritt der Anpassungsmaßnahmen** beschließt, die in relevanten Plänen und Mitteilungen der Staaten (u. a. nationale Anpassungspläne, NAPs, und nationale Klimabeiträge, NDCs) aufgeführt sind. Dieser Bericht sollte den Vertragsparteien zur weiteren Prüfung auf der COP28 vorgelegt werden.
- ▶ insbesondere **in der deutschen und europäischen Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern** und bei multilateralen Geberorganisationen **auf integrierte Programme hinzuwirken** (Wasser- und Ernährungssicherheit, Schutz der Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit usw.).

## 5 | UMGANG MIT SCHÄDEN UND VERLUSTEN

Der aktuelle Bericht des Weltklimarats IPCC zeigt: Die Klimakrise fordert Menschenleben, verursacht ökonomische Kosten, verschärft Konflikte und gefährdet Menschenrechte.

Die Aufmerksamkeit für den Bereich Schäden und Verluste im Kontext der UN-Verhandlungen ist seit der COP26 gewachsen – nicht zuletzt durch das Engagement der internationalen Zivilgesellschaft. Auch außerhalb des UNFCCC-Prozesses entsteht eine Dynamik, beispielsweise durch die Ankündigung eines globalen Schutzschirms für Klimarisiken der G7-Länder. Dies muss sich aber auch in der Verankerung auf der UNFCCC-Verhandlungsagenda sowie in wirksamen Lösungen widerspiegeln. Der Glasgow Dialogue on Loss and Damage, der bis 2024

Ergebnisse liefern soll, ist ein erster Schritt und gleichzeitig ein Minimalkonsens der COP26. Der Kompromiss des Glasgow-Dialogs bleibt allerdings weit hinter der Forderung der Entwicklungsländer nach einem konkreten Finanzierungsmechanismus (Glasgow Facility on Loss and Damage) – und hinter den Notwendigkeiten – zurück. Ohne ein konkretes Mandat und klare Meilensteine kann der Dialog trotz überwiegend konstruktiver Mitwirkung der Teilnehmenden nicht zu konkreten Lösungen führen.

Das auf der COP25 eingerichtete „Santiago-Netzwerk für den erleichterten Zugang zu technischer Unterstützung beim Umgang mit Schäden und Verlusten“ sollte auf der COP27 operationalisiert und seine institutionelle Ausgestaltung geklärt werden.

### WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ sich bei der COP27 für einen eigenen **Tagesordnungspunkt auf der UNFCCC-Verhandlungsagenda zur Finanzierung von Schäden und Verlusten** einzusetzen, um die Voraussetzung für konkrete Lösungen zu schaffen.
- ▶ sich auf der COP27 für die **Schaffung eines geeigneten Mechanismus unter dem Dach der UNFCCC** – wie einer Loss and Damage Finance Facility – einzusetzen, welcher den Herausforderungen durch bereits eingetretene Schäden und Verluste gerecht wird.
- ▶ eine **Vorreiterkoalition aus Industrie- und Entwicklungsländern** zu initiieren, die bereits kurzfristig konkrete Pilotprojekte zum Umgang mit Schäden und Verlusten im globalen Süden finanziert und umsetzt.
- ▶ konkrete neue und zusätzliche **Finanzierungszusagen für den Umgang mit Schäden und Verlusten** zu machen (über die Zusagen für Minderung und Anpassung hinaus), auch im Kontext von Initiativen wie dem globalen Schutzschirm für Klimarisiken.
- ▶ die auf der COP26 angekündigte **finanzielle Unterstützung des Santiago-Netzwerks zu Schäden und Verlusten in Höhe von 10 Millionen Euro weiter zu erhöhen**.

## 6 | ACTION FOR CLIMATE EMPOWERMENT

Action for Climate Empowerment (ACE) beinhaltet sechs Kernelemente, die für die Bekämpfung der Klimakrise unerlässlich sind: Bildung, Ausbildung, öffentliches Bewusstsein, öffentliche Beteiligung, den Zugang zu Informationen und internationale Kooperation zur Bekämpfung der Klimakrise. Die Klimakonferenz in Glasgow hat ein Arbeitsprogramm für die kommenden zehn Jahre verabschiedet. Bei der Klimakonferenz in Ägypten soll nun für die Umsetzung des Programms ein Aktionsplan verabschiedet werden. Der ACE-Aktionsplan ist jedoch noch weit von einem Konsens entfernt. Zentrale Forderungen der Zivilgesellschaft wurden in vielen Teilen nicht berücksichtigt, unter anderem die Anerkennung und der

Schutz von Menschenrechten als grundlegendes Prinzip, das den Zugang zu Klimabildung sowie öffentlichen Beteiligungsprozessen zu Klimaschutzmaßnahmen und den Schutz von Umweltschutz- und Klimaaktivist\*innen garantiert. Insbesondere angesichts zahlreicher ermordeter Aktivist\*innen weltweit ist dies nicht hinnehmbar.

Während der Arbeitsplan bereits Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, Frauen sowie indigene Völker als besonders wichtige Akteursgruppen anerkennt, muss der Aktionsplan nun darauf hinwirken, dass dieser Grundsatz über die Ernennung einer ACE-Jugendkontaktstelle (Youth Focal Point) institutionalisiert wird.

### WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ **sich für einen menschenrechtsbasierten Aktionsplan für Action for Climate Empowerment (ACE) einzusetzen**, sodass der Zugang zu Informationen zum Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen weltweit garantiert und öffentliche Beteiligungsprozesse gestärkt werden.
- ▶ **transformative Bildung zur Bekämpfung des Klimawandels auf allen Ebenen zu stärken** und ausreichende Ressourcen hierfür zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören die **Stärkung des Bundesprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung**, die Integration transformativer Bildung in schulische und außerschulische Bildung sowie die Förderung von ACE-Elementen in allen Klimaschutz-Förderprogrammen.
- ▶ die **Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure in der deutschen Delegation in den Klimaverhandlungen zu stärken** und über den Aktionsplan eine **ACE-Jugendkontaktstelle (Youth Focal Point) zu institutionalisieren**.

## 7 | GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Der Gender Action Plan (GAP) ist im Annex des erweiterten Lima Work Programme on Gender (LWPG) verankert. Der GAP ist damit eine Zusage der UNFCCC-Mitgliedstaaten, Geschlechtergerechtigkeit im Kern ihrer Klimaschutzbemühungen zu verankern. Hierfür wurde auf die Präambel des Pariser Klimaabkommens zu Menschenrechten Bezug genommen. Der GAP legt fünf Hauptbereiche fest, die darauf abzielen, das Wissen und das Verständnis für geschlechtsspezifische Klimaschutzmaßnahmen und deren kohärente Einbeziehung

auf allen Ebenen zu fördern sowie die volle und gleichberechtigte Beteiligung von Frauen am UNFCCC-Prozess zu erreichen. Auf der COP27 sollen die Verhandlungen für den Zwischenbericht zu den Fortschritten bei der Implementierung des GAP fortgesetzt werden. Dabei liegt der Fokus auf der Umsetzung der Aktivitäten, den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz und den Verbesserungen bei der Umsetzung.

### WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ sicherzustellen, dass **Gender-Mainstreaming** sowie **sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte** (Sexual and Reproductive Health and Rights, SRHR) **in allen Bereichen der deutschen und europäischen Klimapolitik** verankert sind und einem systematischen Monitoring unterliegen.
- ▶ sich dafür einzusetzen, dass **Gender-Mainstreaming** in allen von Deutschland geförderten **internationalen Klimafinanzierungsinstrumenten** ein Kernelement ist.
- ▶ die **Finanzierung für die Umsetzung des Gender Action Plans (GAP)** bereitzustellen und sich **bei der COP27** für eine gesicherte Finanzierung durch andere Länder des globalen Nordens einzusetzen.
- ▶ sich für eine **Weiterentwicklung des GAP** einzusetzen, die für alle Klimamaßnahmen ein verpflichtendes **Gender Impact Assessment (GIA)** vorsieht.

# IMPRESSUM

## Herausgeber:

### Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstraße 35, 10115 Berlin

Telefon: 030 7808995-10

E-Mail: [info@klima-allianz.de](mailto:info@klima-allianz.de)

Internet: [www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de)

### VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030 2639299-10

E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

Internet: [www.venro.org](http://www.venro.org)

**Redaktion:** Moritz Böttcher, Christiane Hildebrandt

**Inhaltliche Mitarbeit:** Sven Harmeling, Farina Hoffmann, Vera Künzel, Jan Kowalzig, David Ryfisch, Patricia Bohland

**Endredaktion:** Julia Dittmann, Janna Völker

**Lektorat:** Grünes Lektorat | Dr. Agnes Przewozny

**Foto:** jacoblund/iStock

**Layout:** [dieprojektoren.de](http://dieprojektoren.de)

Berlin, September 2022

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit  
und Verbraucherschutz



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.



**Klima  
Allianz**  
Deutschland

**VENRO**  
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK  
UND HUMANITÄRE HILFE

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit über 140 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend, Soziales und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte und sozial gerechte Klimapolitik auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

[www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de)

**VENRO** ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung globaler Ungleichheit und weltweiter Armut.

[www.venro.org](http://www.venro.org)